

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132.

Mittwoch, den 7. Juni 1916.

23. Jahrg.

Der Kampf um den Reichskanzler.

Die Erwartung, die Antwort der Parteien auf die gestrige Kundgebung des Reichskanzlers zu vernehmen, hatte am Dienstag Sitzungssaal und Tribünen des Reichstags fast bis auf den letzten Platz gefüllt. In der Tat beschäftigte sich die Debatte zum Etat fast nur mit den gestrigen Worten des Kanzlers; aber man konnte den Eindruck haben, daß die offenen und heimlichen Segner Bethmanns den Moment für einen entscheidenden Streich noch nicht für gekommen halten, und so ging es im allgemeinen burgfriedlicher zu als man erwartet hatte. Der Redner des Zentrums, Abg. Spahn, sprach milde und vorsichtig; sich nach keiner Seite hin festlegend, drückte er dem Kanzler im allgemeinen das Vertrauen seiner Partei aus. Er schüttelte die gestern zitierten Broschüren energisch ab, erklärte sich persönlich (dies persönlich war auffällig) von den Erklärungen des Reichskanzlers über die Verwendung der U-Boote und Zeppeline für befriedigt und unterschrieb sogar die Worte, monach die Unterscheidung von nationalen und internationalen Parteien zum alten Eisen gehören soll. Gegenüber seinen und den späteren Bemühungen der Rechten, sich an dem Broschürenfeldzug gegen Bethmann als gänzlich unbeteiligt hinzustellen, war es durchaus angebracht, wenn Genosse Gradnauer zu Anfang seiner Rede feststellte, daß der Reichskanzler eine derartige Kundgebung wohl niemals wegen einiger Pamphletten veranstaltet hätte. Seine Worte richteten sich vielmehr gegen den kleinen, aber einflussreichen Kreis, der hinter diesen Broschüren steht, gegen das nationalistische Lager der Eröberungspolitiker, der Gewaltmenschen in der inneren wie äußeren Politik. Genosse Gradnauer gab dem Kanzler zu verstehen, daß die Anklagen der Broschüren wegen allzugroßer Friedfertigkeit, falls sie wahr sein sollten, in den Augen des deutschen Volkes nicht die beste Rechtfertigung für den Kanzler darstellen würden. Das deutsche Volk und die Sozialdemokratie würden den Kanzler im Kampfe gegen die Kriegsheer durchaus unterstützen. Dabei sei es natürlich lächerlich zu behaupten, daß die Sozialdemokratie die Regierungspartei des Kanzlers wäre. Genosse Gradnauer verwies demgegenüber auf die großen Differenzen in der inneren Politik. Die Angst gewisser Kreise vor dem Beginn der Neuorientierung hat zu einer starken Unruhmöglichkeit der inneren Politik während des Krieges geführt, welche die Sozialdemokratie aufs stärkste bedauert. Mit dem Verlangen an die Regierung, alles für die Herbeiführung des Friedens zu tun, schloß Genosse Gradnauer seine eindrucksvolle Rede. Der nationalliberale Führer Bassermann lasierte ähnlich wie Herr Spahn. Er suchte aus der Rede des Reichskanzlers einige Zugeständnisse an die Annexionen politiker herauszubestimmeln und im übrigen deren gute und patriotische Absichten hervorzuheben. Der einzige, von dem Herr v. Bethmann Hollweg ein uneingeschränktes Vertrauensvotum erhielt, war der fortschrittliche Sprecher Herr v. Payer. Herr v. Payer sprach dem Kanzler sein und seiner Freunde unbegrenztes Vertrauen aus, hatte daneben auch recht glückliche Momente, als er den Zusammenhang zwischen der Kanzlerrede und dem Vorstoß der von Graefe und Hirsch in der Mittwochsitzung stark heraus hob. Dann kam der eigentlich spannende Moment, als Herr v. Westarp, der Sprecher der Konservativen, das Wort ergriff, den man recht eigentlich als einen der Hauptredner U-Bootromde kennt. Herr v. Westarp ist ein geschickter Diplomat, als sein gar zu deutlich aufs Ziel losgehender Fraktionskollege v. Graefe. Sein schneidendes, fast blaßes kaltes Organ ist durch nichts aus der Ruhe zu bringen. Gegenüber der Erregung des Kanzlers stehen seine berechneten Worte in denkbar schärfstem Kontrast. Herr v. Westarp hielt es auch für klug, sich zunächst den Rücken zu decken, indem er gegenüber dem vom Kanzler behandelten Broschüren den gänzlich Unbeteiligten spielte, aber doch schüttelte er sie nicht wie die Spahn und Bassermann gänzlich ab, sondern beklagte, daß der Kanzler den guten Kern patriotischer Gesinnung dieser Gedanken nicht auszunutzen verstehe. Von einer Neuorientierung gegenüber der Sozialdemokratie will Herr v. Westarp nichts wissen, weil diese nicht gesonnen ist, ihre Prinzipien aus Liebe zu den Konservativen über Bord zu werfen. Die Sinker werden also nach dem Kriege ihren Kampf gegen die „antinationale Sozialdemokratie“ in der gewohnten Weise fortsetzen. Sehr vorsichtig in der Form, aber sachlich doch verurteilend genug, war die Kritik, die Herr v. Westarp an der englischen Politik des Reichskanzlers übte, und mit den Worten, daß für eine Politik der Verständigung in diesem Kriege kein Raum mehr sei, zeichnete er das eigentliche Programm seiner Anhänger. Eine Demonstration war es schließlich noch, als er am Schluß seiner Rede bei der Erwähnung des Seefieges den Namen Tirpitz besonders hell erklingen ließ. Die Antwort des Reichskanzlers war matter als seine Rede vom Vortage und kam ihr an Wirkung nicht gleich. Interessant war es, daß der Kanzler von einer Willigen Friedensvermittlung offiziell nicht das mindeste weiß. Gegenüber den Westarpschen Beschränkungen über das Verhalten der Sozialdemokratie nach dem Kriege berief sich der Kanzler

auf seinen Optimismus; nicht sehr glücklich war es wohl, wenn er der Sozialdemokratie zuredete, auch ihrerseits einige Prinzipien zum alten Eisen zu werfen, anstatt einfach zu betonen, daß gegenüber der gemeinsamen Verteidigung des Vaterlandes irgend ein spezielles Programm nicht mehr als antinational angesehen werden könne. Immerhin erntete der Kanzler lebhaften Beifall, wenn dieser auch dem gestrigen nicht gleichkam. Genosse Ledebour brachte als Sprecher der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft deren Ansicht dahin zum Ausdruck, daß ihm der Streitfall weniger interessiere, weil aus der nötigen historischen Entfernung beobachtet, der Unterschied zwischen dem Reichskanzler und seinen Gegnern garnicht so groß sei. Es handele sich um die in absolutistischen und halbabsolutistischen Staaten wohlbekannte Erscheinung, daß bei unnderänder gleichlaufender Politik gegen den Leiter dieser Politik unterirdisch von den Leuten intrigiert werde, die sich gern an seine Stelle setzen möchten. Der Kanzler genießt das Vertrauen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft weder in der auswärtigen noch in der inneren Politik, was diese durch die Ablehnung des Etats zum Ausdruck bringen will. Der Staatsberatung vorangegangen waren einige kleine Anträge; anschließend an die Generaldiskussion fand die Spezialdebatte über die einzelnen Etatspositionen statt, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog. Bei den einzelnen Positionen brachten Sprecher beider sozialdemokratischen Fraktionen noch eine Anzahl Wünsche und Forderungen der Arbeiterklassen zum Ausdruck.

Dienstag, den 6. Juni.

60. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Im Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Helfferich, v. Jagow, Visco, v. Breitenbach.

Kleine Anfragen.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.) fragt mit Bezug auf das Verbot einer öffentlichen Versammlung in Berlin-Friedrichsfelde, die sich mit der Lebensmittelfrage beschäftigen sollte, ob der Reichskanzler auf die Beilegung der Beschränkungen des reichsgesetzlichen Versammlungsrechtes hinzuwirken beabsichtigt ist.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Genehmigung ist nicht erteilt worden, weil öffentliche Versammlungen politischer Vereine oder ihnen gleich zu achtender Vereinigungen grundsätzlich nicht gestattet werden. Das Verbot wird allen Parteien gegenüber in gleicher Weise gehandhabt.

Abg. Schulz-Grupert (Soz.) fragt, ob der Reichskanzler bald nach Beendigung des Krieges vor der Inangriffnahme irgend welcher Maßnahmen auf dem Gebiete der Schul- und Jugend-erziehung einen aus Schulpolitikern, Pädagogen und sonstigen Sachverständigen zusammengesetzten Ausschuss zur Beratung und zutrefflichen Beschlussfassung über Schulfragen berufen wolle.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die Anfrage wünscht eine Auskunft über Tatsachen, die nicht zur Zuständigkeit des Reichstages gehören. Daher ist der Reichskanzler nicht in der Lage, Antwort zu erteilen.

Abg. Jädel (Soz.) fragt wegen der Heranziehung jugendlicher Textilarbeiterinnen, besonders in Schlesien, zu schweren Steinigerarbeiten und zu landwirtschaftlichen Arbeiten unter Unterbrechung der Unterhaltungsunterstützung sowie der Fürsorgeerziehung, weiter wegen der fühligen Gefahren infolge Zusammenarbeitens und gemeinsamer Unterbringung mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Dem Reichskanzler ist von derartigen Zuständen nichts bekannt. Es werden Ermittlungen angestellt werden.

Abg. Jädel (Soz.) will eine Ergänzungsfrage stellen, die aber vom Präsidenten Dr. Kämpf nicht zugelassen, sondern für eine neue Anfrage erklärt wird.

Abg. Bassermann (Natl.) bittet um nähere Mitteilungen, darüber, ob die portugiesische Regierung die militärpflichtigen Deutschen interniert, die Nichtmilitärpflichtigen ausgewiesen und das gekannte deutsche Eigentum beschlagnahmt hat.

Ministerialdirektor im auswärtigen Amt Kriege: Die portugiesische Regierung hat in der Tat die männlichen Deutschen zwischen 16 und 45 Jahren interniert und die übrigen Deutschen ausgewiesen. Die deutsche Regierung hatte der portugiesischen vorgeschlagen, die beiderseitigen Staatsangehörigen zeitweilig freizulassen. Wir werden, wenn endgültige Nachrichten vorliegen, mit entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen vorgehen. Die portugiesische Regierung hat auch jeden Handelsverkehr mit deutschen Reichsangehörigen unterbunden und das gesamte in Portugal befindliche deutsche Eigentum beschlagnahmt. Die deutsche Regierung hat bereits gleichartige Vergeltungsmaßnahmen getroffen.

Der Antrag der verbündeten Regierung auf Vertagung des Reichstages bis zum 26. September 1916 wird angenommen.

Es folgt die

Fortsetzung der dritten Lesung des Etats.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Unsere Kriegslage hat sich erheblich verbessert, durch den Seefiege ist Englands Seeherrschaft von jetzt ab erschüttert. (Sturm. Beifall.) Alles Friedensgerede ist nach der Antwort, die Sir Edward Grey auf die Rede des Reichskanzlers gegeben hat, zurzeit nutzlos. (Sehr richtig!) Wir werden dem Frieden längt näher, wenn England nicht die ganze Entente am Frieden jähren würde. So lange die Kriegslage nicht endgültig feststeht, hat jede Erörterung der Friedensziele in der Öffentlichkeit in Deutschland nicht nur keinen Zweck, sondern ist direkt schädlich. (Sehr richtig! im Zentr.) Als schädlich sind auch die geheimen Druckschriften anzusehen, die vertraulich oder als

Manuskript gedruckt vertraulich durch die Post versandt werden. Der Reichskanzler kann Betrachtungen über die Friedensziele anstellen, uns fehlt die Berechtigung dazu, weil wir nicht im Besitz der entscheidenden Unterlagen sind. Wir haben nur das Recht, auf die Anschauungen des Reichskanzlers einzuwirken, was aber nur von Mund zu Mund im geschlossenen Raume geschehen kann. (Sehr richtig! im Zentr.) Der Reichskanzler kann uns nur vertrauliche Mitteilungen machen und daher nicht alles widerlegen, was gegen ihn vorgebracht wird. Mich persönlich haben die Darlegungen über die Zeppelin- und die U-Boot-Frage beruhigt. — Einen außerordentlichen Einfluß auf den Verlauf und die Dauer des Krieges übt die Presse aus. Unsere Feinde in Paris und London sind über die Vorgänge im Reich so genau unterrichtet wie wir selbst, ihnen fehlt nur die richtige Bewertung der Vorgänge und das schließt die Gefahr der Verlängerung des Krieges in sich, weil es in ihnen falsche Hoffnungen erweckt. (Sehr richtig!) Das gilt auch für die Erörterungen über unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in anonymen und anderen Schriften. Unsere Krieger in den Schützengräben haben solche Unvorsichtigkeiten mit dem Leben zu büßen. (Lebh. Sehr richtig!) Mit Recht hat der Reichskanzler geteilt als schönste Frucht des Krieges bezeichnet, daß wir die alte Unterscheidung zwischen nationalen und internationalen Parteien zum alten Eisen werfen müssen. (Sehr wahr!) Solange die Zensur besteht, kann niemand eine Ausnahmestellung verlangen, wie es gerade die Internierten dieser anonymen Schriften tun. — Der Seefiege vom 1. Juni hat uns den Wert unserer Schiffsmanuskripten erkennen lassen. Es kommt nicht auf die Zahl der Schiffe und Geschütze an, sondern auf den Geist und die Ausbildung der Mannschaften. Wenn wir alle daheim und draußen unsere Pflicht tun, so hoffe ich von der Vorjahung, daß wir als Frucht des Krieges einen dauernden Frieden mit einem neuen Aufschwung unseres Volkes erhalten. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Die gestrige Kundgebung des Reichskanzlers hat einen tiefen Eindruck gemacht, der weit hinaus auf das ganze Volk weiterwirken wird. Es war in der Tat eine Flucht in die Öffentlichkeit. Daß der Reichskanzler sie unternommen hat, zeigt uns, wie stark die Erbitterung und wie giftig die Angriffe gewesen sind, die aus dem Hinterhalt gegen seine Politik gerichtet werden. Wegen irgend welcher beliebigen Schmähschriften hätte er seine Rede nicht gehalten, sondern es müssen dahinter einflussreiche Kreise stehen, die zwar an Zahl gering sein mögen, deren Geldmacht und Einfluß aber nicht gering ist. (Zustimmung.) Die Angriffe des Abg. v. Graefe und Hirsch in der Senatdebatte am Mittwoch waren nur ein kleines Vorspiel, das der Reichskanzler uns aus den Schmähschriften gestern mitteilte, dieses Trommelfeuere von Invektiven, Verleumdungen und Beleidigungen stellt allerdings ein starkes Stück dar. Man darf gespannt sein, ob irgend eine Partei dieses Hauses sich finden wird, um jene Leute und ihr lauberes Handwerk in Schuß zu nehmen. Aus welchem Lager diese Geschosse kommen, darüber besteht kein Zweifel. Aus dem nationalistischen Lager, aus dem fortgesetzt der Schrei nach Vorkriegsregierung ertönt, aus dem Lager der rückfälligen Gewaltmenschen nicht nur nach außen, sondern nach innen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) In diesem Lager hat sich das Geld der am Krieg interessierten Schwerindustrie, die Phantastereien der alldemokratischen Weltverbesserer und die reaktionären Gelüste der Scharmacher und Feinde jeder freiwilligen Entwicklungen zusammengefunden. Die zornige Abwehr des Reichskanzlers zeigt, welche Maßnahmen in diesem Lager gegen seine Politik vor dem Kriege getrieben wurden. Es ist ihm zum Vorwurf gemacht worden, er habe jahrelang eine Politik der Verstärkung besonders auch mit England getrieben, er habe den Mobilisierungsbefehl verzögert und selbst noch in den letzten Stunden vor Ausbruch des Krieges auf Oesterreich und Rußland einzuwirken versucht und mit England verhandelt. Ueber diese Anklage kann der Kanzler sich nur glücklich schätzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In den Augen aller aufrichtigen Friedensfreunde und aller verständigen Leute ist dies kein Gegenstand der Anklage, sondern der Rechtfertigung. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Das deutsche Volk wird umgekehrt urteilen wie jene hinterhältigen Widerjäger, das deutsche Volk wird sich sehr einverstanden erklären mit den Bemühungen, den Krieg zu vereiteln. (Lebh. Zustimmung.) Wir können auch heute noch nicht alle Vorgänge durchschauen, die dem Ausbruch des Krieges vorhergegangen sind. Das endgültige Urteil wird erst die Geschichte fällen. Wenn aber die Tatsachen, auf Grund deren man die Anklage gegen den Reichskanzler aufgebaut hat, richtig sind, so ist bewiesen, daß die Behauptung der Ententemächte unwahr ist, Deutschland habe den Krieg provoziert. Der Reichskanzler wird aber auch wegen seiner angeblich schlappen und lauen Politik in der Gegenwart angegriffen. Offenbar wollen jene Kreise sich einen neuen Kanzler schaffen. Sie haben ja immer gegen den Kanzler, der gerade im Amt war, intrigiert. Jetzt suchen sich einen Kanzler zu verschaffen, der ihren weit ausschweifenden Eroberungsplänen gefügig sein soll. Aber gerade gegen diese Eroberungspläne hat die Sozialdemokratie von Beginn des Krieges an die härteste Stellung genommen (Lebh. Zustimmung bei den Soz.), nicht der Person des Reichskanzlers wegen, sondern der großen Sache wegen. Wir bekämpfen auf das Entschiedenste eine Politik, die auf phantastischen Grenzverweiterungen ausgeht. Sie würde daselbe Streben bei den anderen Völkern erwecken und dadurch den Krieg verlängern und das Volk dem Elend überliefern. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Würde sich die Reichsleitung in den Dienst jener Gruppen und ihrer Pläne stellen, so würde das deutsche Volk einem solchen Regierungskurs die Gehorsamkeit verweigern. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Jene Leute sollen doch nicht glauben, sie haben das deutsche Volk hinter sich. Das ist eine frivole Täuschung gewisser Blätter. Jene Gruppen haben den Vorstoß gegen den Reichskanzler nicht nur wegen seiner auswärtigen Politik unternommen, sondern auch selbstverständlich wegen der inneren Politik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freilich nicht wegen der gegenwärtigen, — die gibt ihnen keinen Grund, sich zu bekümmern — aber für künftigen

England der Hauptfeind ist. Weil wir in günstiger Kriegslage befinden, deshalb erwählt unsere Regierung die Pflicht, den ersten Schritt zum Frieden zu tun, sie kann das, ohne sich etwas zu vergeben. Wer nicht den Krieg bis zum Weisheitslaut verkümmert will, der muß von der deutschen Regierung den ersten Schritt verlangen mit der Erklärung, daß sie einen anerkennenswerten Frieden will. (Beifall bei der Soz. Arb.) Die Regierung hat noch nicht gezeigt, daß sie diesen Weg beschreiten wird, deshalb können wir ihr kein Vertrauen entgegenbringen. Das gilt auch für die innere Politik. Der Belagerungszustand wird zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ganz besonders gegenüber der Sozialdemokratie ausgenutzt. Versammlungen werden verboten. Es scheint, als ob die Leute, die solche Verbote erlassen, daran denken, das Volk mit blauen Bohnen zu traktieren. (Präsident Kämpf: Sie dürfen der Regierung einen solchen Vorwurf nicht machen, ich rufe Sie zur Ordnung.) Ich habe nicht gewußt, daß die Regierung mißschuldig daran ist. (Heiterkeit.) (Präsident Kämpf: Jedenfalls meinen Sie Organe, die mit der Regierung auf eine Linie zu stellen sind.) Die Regierung wird sich bei Ihnen bedanken, daß sie in dieselbe Schutzlinie gestellt wird. (Heiterkeit.) In unerhörter Weise wird die Schuchhaft von der Militärbehörde gehandhabt. Oppositionelle Sozialdemokraten werden, obwohl sie dienstuntauglich sind, in das Heer eingestuft. In zwei Fällen kann der Beweis dafür erbracht werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Für uns Sozialdemokraten müssen die Parteigrundzüge und die Parteitagebeschlüsse die Richtschnur unseres Handelns bestimmen. Auf Grund dieser Beschlüsse haben wir das Budget abzulehnen und wir lehnen es ab, weil die ganze Gesellschaftsordnung den Interessen des Volkes widerspricht. Würde diese Ablehnung eine Mehrheit im Haus finden, so müßte die Regierung abtreten und einer neuen Regierung Platz machen, die den Standpunkt der Mehrheit vertritt. Sehr wahr! h. d. Soz. A.) Tut sie das nicht, so sucht sie mit Gewalt eine Herrschaft zu behaupten, auf die sie kein Recht hat, und selbstverständlich hätte dann auch das Volk das Recht, eine solche Regierung mit Gewalt zum Tausel zu jagen. Das Recht auf Revolution ist dann das gute Recht des Volkes. Mit den irischen Homeulern habe ich die größte Sympathie und verARGE es auch der Reichsregierung nicht, wenn sie den irischen Revolutionären hilft. Sie hat also prinzipiell das Recht auf Revolution anerkannt. Das ist ein erhellender Fortschritt gegenüber der heiligen Allianz zur Unterdrückung jeder Revolution in irgend einer Ecke Europas. Auch Herr Bülow sprach ja so verächtlich von den irischen Revolutionären als Schnorrer und Verschwörer. Heute wäre die Regierung froh, diese Schnorrer und Verschwörer auf ihrer Seite zu sehen. Der Klassenkampf geht seinen Weg auch während des Krieges, er kann nicht unterdrückt werden, solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt. Er wird nach dem Kriege noch schärfere Formen annehmen zufolge der ungeheuren Profite, durch die die Ausbeuter noch reicher, die Arbeiter und der Mittelstand ärmer geworden sind. Um nur einigermaßen auf die jährlche Lebenshaltung zu kommen, werden die Arbeiter schwere Kämpfe gegen die Ausbeuter führen müssen. Diese reich gewordenen Leute müßten gar keine Menschen sein, wenn sie nicht wohlgefällig darauf hinarbeiten wollten, daß die Quelle ihres Reichtums, der Krieg, nicht verstopft werde. Die Wasserleitung von der Welt, die jetzt propagiert wird, von Kuncman in England, von den Schwämmern für ein Mitteleuropa bei uns, ist ebenso reaktionär, wie verderblich. Diese Propaganda ist nur ein Zeichen dafür, daß der Kapitalismus am Ende angekommen ist. Was wir jetzt erleben, ist kein letzter Verzweiflungskampf, es ist die Götterdämmerung des Kapitalismus. (Sehr gut! h. d. Soz. Arb.) Der Kapitalismus hat im dialektischen Prozeß die Kräfte der Welt, die gegenwärtig noch in seinen Diensten stehen, sich aber gegen ihn kehren müssen, weil der Beweis geliefert ist, daß die kapitalistische Herrschaft nur noch zur Verelendung der Massen führen kann. Umsomehr haben wir Sozialdemokraten die Pflicht, unseren Klassenstandpunkt festzuhalten u. den Kampf um die Neuordnung der Gesellschaft aufzunehmen. Ein Frieden auf die Dauer wird sich nur herbeiführen lassen, wenn der Sozialismus zur Herrschaft kommt; der Kapitalismus würde immer nur neue Weltkriege herausbeschwören. Dem Volke wird immer mehr die Erkenntnis aufdrängen, daß der Sozialismus das Heil für das Volk ist, daß durch ihn der Frieden das Glück für die Menschheit herbeigeführt wird. (Lebh. Beifall h. d. Soz. Arb.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Kühle (Wid.) beschwert sich darüber, daß ihm das Wort abgeschnitten ist. Diese Methode der Abwürgung entspreche der politischen Moral des Hauses. (Redner wird zur Ordnung gerufen.)

In der Spezialdebatte spricht sich beim Etat des Reichsamts des Innern

Abg. Reißhars (Soz.) für eine Resolution auf Unterstützung der arbeitslos gewordenen Arbeiter in der Spielwarenindustrie aus.

Abg. Arnold (Wpt.) beantwortet gleichfalls die Resolution. Staatssekretär Dr. Helfferich sagt wohlwollende Berücksichtigung zu.

Abg. Dr. Quard (Soz.) fordert einen ausreichenden Schutz für die schwerarbeitenden Frauen. Man dürfe nicht Raubbau mit der Frauenarbeit treiben, sondern müsse dafür sorgen, daß die Ernährung der Frauen und Kinder und der Schutz der Kinder gegen Verwahrlosung sichergestellt wird. (Beifall bei den Soz.)

Beim Militärstat betont

Abg. Stücklen (Soz.) die Notwendigkeit der Beschaffung von Mitteln zur Besserstellung der Soldaten und ihrer Frauen, deren Martyrium eine Art stillen Heldentums darstelle. Die Löhnung der Mannschaften bedürfe dringend einer Aufbesserung. Auf der anderen Seite könne man Ersparnisse erzielen. So habe man oft den Eindruck, daß gewisse Stellen nur geschaffen sind für Offiziere, für die man keine andere Verwendung habe. Die körperlichen Mißhandlungen im Heere scheinen abgenommen zu haben, aber sehr viel werde noch geklagt über Mißhandlungen seelischer Art. So sei dem Sohne des Abg. Baudert, der Urlaub zum Besuch seiner schwer kranken inzwischen gestorbenen Frau unter Hinweis darauf verweigert worden, daß er Sozialdemokrat sei. (Hört, hört! h. d. Soz.) Bedauerlich sei auch die Briefsperrung über mißliebige Soldaten. Zu verurteilen sei ferner das Verhalten des sächsischen Kriegsministers, der bei Beschwerden darauf bestände, den Namen des Beschwerdeführers zu erfahren. Bei der Beförderung werde ebenso wie früher vielfach nach der politischen Gesinnung gefragt. Die Mißstände des Militärstrafgesetzbuches hängen zu dem Rechtsbewußtsein des Volkes in scharfem Widerspruch. Wenn der Kriegsminister den vorgetragenen Wünschen nachkommen würde, er sich den Dank aller Soldaten verdienen. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.) weist gleichfalls darauf hin, daß die Mißstände des Militärstrafgesetzbuches viel zu hoch sind. Eine große Härte erblickt er in der Internierung sogenannter Engländer, die niemals England gesehen haben, sondern in Deutschland geboren sind, deren Eltern aber aus England stammen. Daß für die Erledigung von Reklamationen garnisondienstfähiger Leute die politische Gesinnung ausschlaggebend sei, ergebe sich aus den Fällen Breitscheid und Weinberg. (Hört, hört!) Man übe einen gewissen Druck auf die Verzeie aus, damit sie sich den politischen Wünschen der militärischen Kommandostellen fügen. (Vizepräsident Dr. Dore rügt den Anstand.) Vorgelegte, die Staatsbürger ihrer Freiheit berauben, machen sich einer ehrlosen Handlung schuldig, die mit Zuchthaus bestraft wird. (Redner wird zur Ordnung gerufen.) Seine Partei halte es für ihre Pflicht, auch unter dem Kriegszustand gegen die Ueberspannung des militärischen Denkens, gegen den Militarismus mit allen seinen Auswüchsen zu kämpfen. (Bravo! h. d. Soz. Arb.)

Stellvertreter Kriegsminister v. Wandel stellt eine Untersuchung der von dem Redner angeführten Einzelfälle in Aussicht.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Beim Justizetat betont

Abg. Dittmann (Soz. Arb.) an der Hand der Schilberung des Falles der Witwe Hamm die Notwendigkeit einer Reform des Strafrechts, insbesondere des Wiederaufnahmeverfahrens. Abg. Haase (Soz. Arb.) beantragt Vertagung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Haus ist beschlußfähig. Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung.) Schluß: 8 1/2 Uhr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 7. Juni.

Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner heutigen Sitzung folgende Senatsanträge: Instandsetzungsarbeiten in der Viehmartshalle (2900 Mk.), Beschaffung von Anstrichgegenständen und einer elektrischen Lichtanlage für den Vortragsaal im Museumsgebäude (1700 Mk.), Bewilligung eines Stadterweiterungsplanes an die Spitze des verstorbenen Lehrers Pöckelhoff (850 Mk.), Ueberlassung eines Areals in Rigerau an den Dachdecker H. J. Willhöft, Verkauf eines Areals an der Ecke der Sophien- und Rastorffstraße, Bewilligung von 1979 Mk. für Beschaffung von Inventar für den Theaterraum in der Stadthalle und Arealerwerb aus dem Grundstück Watenstraße 40 zur Straßenverbreiterung. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurden folgende Senatsanträge: Weitere Ermächtigung der Finanzbehörde zum Verkauf von Industriegelände auf den Bornmörten Wiesen; Herstellung eines Ufergeleites auf dem öffentlichen Fähr- und Landeplatz am Flughafen bei der Hütertorbrücke (18 000 Mk.) und Herstellung einer Liegestelle für Binnenfahrzeuge im Kanalen gegenüber der Gasanstalt II. Der dem Bürgerausschuß von der Bürgerausschuß überreichte Antrag Reimpell, die Vorkosten für die notwendigen Nahrungsmittel herabzusetzen, wurde einer aus Stellung, Abers, Böck, Bröck und von Schack bestehenden Kommission übergeben.

Senator Dr. Neumann und der Friede. Auf dem Verbandstag des Landeskriegerverbandes Lübeck, der hier am letzten Sonntag verhandelt war, führte Herr Senator Dr. Neumann als Vertreter der Regierung Lübeck u. a. aus: ... Und damit können wir in aller Ruhe von diesen Tagen an die Blicke richten in die Zukunft, die uns den Frieden bringen wird, den Frieden, nicht einen amerikanischen Frieden, sondern einen deutschen Frieden! d. h. einen Frieden, wie ihn unser deutsches Volk braucht, einen Frieden, der uns gegen eine Wiederholung eines Ueberfalls, wie wir ihn jetzt haben erleben müssen, ein für allemal oder doch wenigstens für eine lange, lange Zeit sichert und uns die Möglichkeit zu einer weiteren inneren Entwicklung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens sichert: einen solchen Frieden, der uns nach Osten und Westen die unbedingte Sicherheit unserer Grenzen und, so Gott will, der erweiterten Grenzen gewährleistet wird.

Herr Senator Dr. Neumann ist ein sehr eifriges Mitglied der Wäldchen und das klingt auch aus seiner Sehnsucht nach erweiterten Grenzen heraus. Im Gegensatz dazu waren viele und kräftige Worte, die in den letzten Tagen im Reichstage gesprochen sind, erhellend ablehnend gegenüber gewissen alldeutschen Behauptungen. Und gerade diese Worte haben im deutschen Volke den stärksten Wiederhall gefunden.

100 000 Mark für die Hinterbliebenen und Verwundeten der deutschen Marine führte nach Meldungen bürgerlicher Blätter Herr Senator Posth.

66 Fälle (4 tödlich verlaufen) Diphtherie, 81 Scharlach, 1 Typhus und 1 Wochenbettfieber.

Eine exemplarische Strafe von zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren hat am 23. März 1916 die Strafkammer II des königl. Landgerichts in Altona über einen Kriegsschwindler verhängt. Als solcher kommt in Betracht der wegen Betruges vorbestrafte Handlungsgehilfe Alois Meyer aus Nortrup. Schon seit Jahren lebte er davon, daß er kleine Leute anfluchte, ihnen vorredete, er wolle eine Bestellung auf Photovergrößerungen entgegennehmen, sie dann einen Schein unterzeichnen und sich das vergrößerte Bild und eine Anzahlung auszahlen ließ. Es kam ihm nur auf die Erlangung des Geldes an, ohne daß er die Ablichtung, die Bestellungen weiterzugeben und ausführen zu lassen. Er arbeitete eine Zeitlang mit besonderer Rührigkeit im Westen des Reiches unter dem Namen „Beder“. Später legte er sich den Namen „Lohr“ zu. Bei Bemessung der Strafe wurde die große Vermögenslosigkeit des Angeklagten für die minderbemittelte Bevölkerung berücksichtigt, die besonders darin erblickt wurde, daß er sich nicht scheute, gerade die Witwen und Mütter im Krieg Gefallener zu brandschlagen, ihnen auch die Bilder und Eisernen Kreuze der Krieger abzunehmen. Das Vorgehen des Meyer ist leider keine Einzelerscheinung. Ungezählte Schwindler treiben in gleicher oder ähnlicher Weise ihr Handwerk, und es ist zu wünschen, daß das erhellende Urteil des Landgerichts Altona mit dazu beitragen wird, dem Photoschwindler, der gerade während des Krieges einen erschreckenden Umfang angenommen hat, zu steuern.

Das Laub als Viehfutter. Der Kriegsausschuß der Konjunkturinteressen bringt in der neuesten Nummer seiner Verbrauchermittels im „Kriegs“ folgende Mahnung: „Ein Hintermann der Nordd. Ala. Zia.“ erklärt, daß die Regierung nicht imstande sei, die vaterländischen Nahrungsmengen zu vermehren. Wir verweisen demgegenüber auf die Laubfütterung! Eine Ernte von Viehfutter, größtenteils Krautfutter, hängt an den Bäumen; ihre Masse ist über alle Schätzbarkeit groß. Wir bemühen uns seit langem, die Einbringung dieser Ernte zu sichern. Der Erfolg ist bisher ausgeblieben, denn es handelt sich darum, das Schneiden des Laubes zu beschleunigen. Ohne staatlichen Zwang wird nur hier und da Laub geerntet werden. Dem Haushaltungsausschuß hat die Regierung zwar erklärt, daß die Laubfütterung organisiert wird. Aber wir fürchten, daß man nur die Förderung der Freiwilligkeit und Einricht zur Laubfütterung organisiert. Das wäre ganz unzulänglich. Bei der vorgerückten Jahreszeit ist es dringend nötig, daß endlich die Regierungsverordnung zum Schneiden des Laubes erlassen wird. Das Laub ist ja außerordentlich nahrhaft, ein Baum ist eine dreidimensionale Wiese, welche Eiweißnahrung und stickstoffreiche Nahrung in Menge bietet. Manches Baumlaub ist als Kleefutter anzusprechen, z. B. das der sogenannten Akazie, der Robinie, welche jetzt mit weißen Blütenstrahlen behangen ist. Gerade dieses Laub ist auch ein kräftiges Säbnerfutter. Die abgefallenen Blüten werden vom Geflügel mit Eifer aufgesperrt, sie schmecken den Tieren wahrscheinlich süß, wie uns die Blüten riechen; sie sind ein Kälberfutter. Und so fort! So ist das ganze Reich der Laubböiger. Es wäre ein Fehler, der nicht gutzumachen und zu vergeben ist, wenn die Regierung das einzig wirksame Mittel zur Benutzung der Futtermenge, welche der Mai uns reichlich hat, nicht anwenden wollte, nämlich die zwingende Verordnung: jeden Baum zu scheren!

Die Morgenjuppe. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. H. hat vor einigen Wochen einen Aufsatz durch die Zeitungen verbreitet, in dem auf den Wert der früher in Deutschland allgemein üblich gewordenen Morgenjuppe aus Roggen- oder Weizenmehl mit etwas Fettzutat hingewiesen und die Rückkehr zu der alten guten Gepflogenheit empfohlen wurde. Der erwähnte Aufsatz ist vielfach abgedruckt worden; in einigen Fällen wurde aber die in Anbetracht der Frage aufgeworfen, wo denn das erdbeerliche Roggen- und Weizenmehl herkommen würde. Darauf kann nun erfreulicherweise eine bestimmte Antwort erfolgen. Unter Mitwirkung der Reichsgewerbestellen werden in Kürze durch die in einer Liste dazu berufenen deutschen Großgewerbetriebe neue Suppenwürfel in Betrieb gebracht werden, die einen Fettzutat von 4 v. H. haben. Ein solcher Suppenwürfel wird in Feinnig kosten und die Herstellung von drei reichlichen Tellern guter Suppe ermöglichen. Man darf erwarten, daß dieses neue Hilfsmittel zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Volksernährung beitragen wird.

pb. Sachmarder. Ermittelt und festgenommen wurden vier arbeitslose Arbeiter, die aus einem am Kanal stehenden Eisenbahnwagen eine Anzahl Säcke gestohlen hatten, um dieselben zu verkaufen.

pb. Ermittelt wurde ein hiesiger, erst kürzlich wegen Hehlerei vorbestrafter Hafensarbeiter, der nun wieder an Bord eines Schiffes, auf dem er arbeitete, mehrere Flaschen Wein und eine größere Menge Patent-Hosenknöpfe gestohlen hatte.

pb. Wieder gefangen. Dem Marzallgefängnis wurden 2 kriegsgefangene Russen zugeführt, die von ihrer Arbeitsstelle in Kühlen entlaufen waren.

pb. Schlechte Einlogiererin. Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Chemnitz, die sich ein Logis in der Fackelburger Allee gemietet, aber nur bezogen hatte, um das im Logis befindliche Bett zu stehlen und zu verkaufen. Gegen die Trödelin, die das Bett gekauft hatte, ohne sich von der Persönlichkeit der Diebin zu überzeugen, ist ein Verfahren eingeleitet.

pb. Steckbriefling. Festgenommen wurde ein Heizer aus Babel, der seitens der Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Diebstahls Steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. Entwendete Kaninchen. In der Nacht zum Sonnabend, dem 3. d. Mis., sind von dem Hofe eines Hauses im Steinrader Weg 5 Kaninchen gestohlen.

Väter und Mütter der Arbeiterchaft!

Schild
Eure schul-
entlassenen Söhne
und Töchter zu den
Veranstaltungen
der

Freien Jugend Lübeds!

Postcheckverkehr. Uns wird geschrieben: Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben mit aller Dringlichkeit dargegen, daß der Umlauf an Banknoten und sonstigen baren Zahlungsmitteln auf das geringste Maß beschränkt und der bargeldlose Zahlungsausgleich in weitem Umfang gefördert werden muß. Diesem Ziele dient auch der Postcheckverkehr, der zugleich das Zahlungswesen vereinfacht, verbilligt und beschleunigt. Im Deutschen Reich nehmen jetzt gegen 140 000 Kunden am Postcheckverkehr teil. Der Zeitnahmepreis ist, aber noch viel zu klein. Erst wenn die Beteiligung sehr groß ist, kann sich der bargeldlose Ueberweisungswert, dessen Pflege die Hauptaufgabe des Postcheckwesens bildet, recht entfalten. Die Gebühr für eine Ueberweisung von einem Postcheckkonto auf ein anderes ist sehr niedrig; sie beträgt ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages nur 3 Pf., und wird vom Ansteller der Ueberweisung erhoben. In den nächsten Tagen werden die Briefträger ein Merkblatt über den Postcheckverkehr nach dem Vorbild zum Antrag auf Eröffnung eines Postcheckkontos verteilen. Allen denen, die dem Postcheckverkehr noch fernstehen, bietet sich hierdurch eine bequeme Gelegenheit, sich ein Postcheckkonto eröffnen zu lassen.

Gefahren. Tödlich verunglückt ist auf dem Fabrikgrundstück von Böckmann u. Co. der Arbeiter Niemann; er wurde von einem Eisenbahnwagen überfahren und wurde so schwer verletzt, daß er gestorben ist.

Angestrichliche Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Mai in 89 Fällen gemeldet. Davon betrafen

h. Rennefeld. Genosse. Staat gefallen. Groß ist die Trauer, der Tränen sind viele, die der Weltkrieg bringt. Große Viden werden gerissen in der Arbeiterbewegung. Auch der Tod des Genossen W. Staat, den das kalte Blei auf dem Schlachtfeld im Westen dahincastete, bringt eine klaffende Wunde. Was der Genosse Staat für die Arbeiterbewegung war, wissen die organisierten Arbeiter von Schwartau-Rennefeld. Seine Haupttätigkeit erstreckte sich auf Gemeindepolitik. Er gehörte dem Gemeinderat an und stellte hier vollumfänglich seinen Mann. Er war Mitglied des Landesauschusses, gehörte seit Jahren dem Kartell an und bestreite in der Genossenschaftsbewegung das Amt eines Genossenschaftsratsmitgliedes. Auch in der Bildungsfrage wirkte er und war ein eifriger Befürworter der Zentralfaktion für die ermannte Kämpfe in der Frage der Verschmelzung durchmachte. Genosse Staat stellte seine ganze Kraft und seine Fähigkeiten in den Dienst des Sozialismus und deshalb kann man sagen, der Besten, einer ist dahingegangen. Möge ihm der Tod nicht so qualvoll gewesen sein. Es trauert um ihn außer der Parteigenossenschaft eine Witwe und sechs unmündige Kinder, eine Frau, die keck im besten Genußnehmen mit ihrem Mann lebte und ihre Hoffnung auf die Zukunft setzte, die ihr das bringen sollte, was ihr in ihrer Jugend nicht vergönnt war. Aber auch regen Anteil an ihre Trauer nimmt die organisierte Arbeiterchaft von Schwartau-Rennefeld und Umgebung. Von ihr wird das Andenken des Genossen Staat in Ehren gehalten werden.

Hamburg. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den dritten Hamburger Reichstagswahlkreis, der durch den Genossen Stube im Reichstag vertreten wird, nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen, aus dem hervorging, daß die Mitgliederzahl in diesem weitaus größten der drei Hamburger Wahlkreise im Berichtsjahr von 41 476 auf 35 714 zurückgegangen ist. Die ganze Kriegszeit hat einen Verlust von 15 762 Mit-

Von den Kriegsschauplätzen.

In den Kämpfen um Verdun sind nach einer Aufstellung bis jetzt etwa 50 000 Franzosen, darunter zirka 1000 Offiziere gefangen genommen worden. Das ist eine für französische Verhältnisse gewaltige Zahl, die nicht zur Hebung der Schlagfertigkeit der französischen Armee beiträgt.

Die Kämpfe an der wohnlichen Front nehmen ihren Fortgang und zwar mit unverminderter Heftigkeit. Auf einer 350 Kilometer langen Front toben sie. Schon haben sich während dieses Kampfes mehrere besondere Brennpunkte der Schlacht herauskristallisiert: einer davon befindet sich bei Dina, 35 Kilometer nördlich von Czernowik, hart südlich des Dnjestr. Diese Stelle war den Russen besonders verführerisch, einmal wegen des Rückenrückes, den ihnen der Fluß bot und ferner wegen der Bedrohung der ukrainischen Hauptstadt, die sie schon gern erobern möchten. Nördlich von Dina mühten unsere Verbündeten ihre Frontstellung 5 Kilometer zurücklegen. Zusammenhängender scheinen die Kämpfe zwischen Tarnopol bis nördlich Dubno zu sein, wo bei Kozlow, bei Nowo-Alexandrow, bei Sapanow und nordwestlich Dubno, sowie bei Dnja westlich Luzk heiß gekämpft wird. Die Entfernung zwischen Kozlow und Dnja beträgt etwa 150 Kilometer, also eine mächtige Angriffsfront; hier laßt die Russen die Wiedereroberung der Buglinie und Lembergs, hier sind sie bisher nicht einen Schritt vorwärtsgekommen.

Die Engländer haben einen weiteren schweren Verlust erlitten. Der Panzerkreuzer „Hampshire“ (11 000 Tonnen groß), an dessen Bord sich der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte, Lord Kitchener mit seinem Stabe auf dem Wege nach Rußland befand, ist in der Nordsee versenkt worden. Aller Wahrscheinlichkeit ist Kitchener — dessen Name in der Welt keinen guten Klang hatte, ertrunken. Wie amtlich aus London gemeldet wird, befand sich Lord Kitchener auf Einladung des Zaren und im Auftrage der britischen Regierung auf dem Wege nach Rußland, um Gelegenheit zu nehmen, wichtige militärische und Finanzfragen zu besprechen.

Lord Kitchener galt als die härteste britische militärische Autorität. Mit Beginn des Weltkrieges wurde er englischer Kriegsminister. Er ist durch seine Zähigkeit und fast brutale Rücksichtslosigkeit schon in früheren Kämpfen aufgefallen. Er hatte den Grenzfeldzug gegen den Sudan mitgemacht und war, nachdem er vier Jahre lang Generaladjutant der ägyptischen Armee gewesen, 1898 Kommandeur der berühmten Expedition nach Khartum, für deren für England glücklichen Ausgang er den feierlichen Dank des Parlaments und einen Ehrensold von 30 000 Pfund erhielt. Von 1899 bis 1900 war er der Generalstabschef der Truppe in Südafrika, die nächsten zwei Jahre oberster Feldher im Burenkrieg. Auch damals erhielt er, nach beendigem Burenkrieg, den Dank des Parlaments und einen Ehrensold von 50 000 Pfund. Von 1902 bis 1909 war er Oberbefehlshaber in Indien. Kitchener hat ein Alter von fast 66 Jahren erreicht, er ist am 24. Juni 1850 geboren.

Der englische Verlust an Toten bei der Seeschlacht in der Nordsee wird auf über 7000 geschätzt. Eine enorme Zahl, die viel Leid und Trauer in sich birgt. Aus den Gefangenen-Aussagen geht ferner hervor, daß noch zwei Schiffe mehr als bisher angegeben, der Schlacht zum Opfer gefallen sind.

Der Londoner sozialistische „Call“ vom 18. Mai 1916 schreibt in seinem Leitartikel: „Wer ist dafür verantwortlich, daß der Eintritt in die Friedensunterhandlungen abgelehnt wurde? Ueber die Antwort auf diese Frage ist nunmehr kein Zweifel möglich. Die letzte deutsche Note an die Vereinigten Staaten hat in ungewöhnlicher und maßgebender Weise den Wunsch der deutschen Regierung kundgegeben, sofort in Unterhandlungen einzutreten über einen Frieden, der die deutschen Lebensinteressen sichert. Demgegenüber hat der englische Ministerpräsident Asquith im Unterhause auf eine Anfrage des linksliberalen Abgeordneten Major in ebenso ungewöhnlicher und maßgebender Weise erklärt, daß

die britische Regierung — und wahrscheinlich auch ihre Verbündeten — entschlossen sind, von dem deutschen Friedensangebot keine Notiz zu nehmen. Das sind die hervorstechendsten Züge der gegenwärtigen internationalen Lage, die sich nicht verbunkeln lassen durch Schaumbläserien der kapitalistischen Presse Englands über die „schamlosen“ Bedingungen, die Deutschland angeblich als Grundlage der Unterhandlungen aufgestellt habe. Es ist aber die reine Wahrheit, daß die deutsche Regierung noch nichts über die Bedingungen veröffentlicht hat, die sie als eine Sicherung der deutschen Lebensinteressen betrachtet; und sie wird es wahrscheinlich nicht tun, solange die Verbandsmächte die deutschen Bemühungen, eine „Friedensatmosphäre“ zu schaffen, als ein Verbrechen brandmarken. ... Es ist deshalb die Pflicht der Arbeiter Englands, darauf zu dringen, daß die Regierung die sich hier bietende wirkliche Gelegenheit, den Krieg durch Unterhandlungen zu beenden, nicht mit Füßen tritt.

Die Kriegslage.

Wien, 6. Juni. (Amtlich.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Schlachten im Nordosten dauern an der ganzen 350 Kilometer langen Front mit unverminderter Heftigkeit fort.

Nördlich von Dina nahmen wir gestern nach schweren wechselvollen Kämpfen unsere Truppen aus den zerhobenen ersten Stellungen in eine 5 Kilometer südlich vorbereitete Stellung zurück. Bei Jaslowice an der unteren Strypa ging der Feind heute früh nach starker Artillerievorbereitung zum Angriff über. Er wurde überall geworfen, stellenweise im Handgemenge. Westlich Trembowla brach ein starker russischer Angriff unter dem Feuer unserer Geschütze zusammen. Westlich und nordwestlich von Tarnopol wurde gleichfalls erbittert gekämpft. Wo immer der Feind vorübergehend Vorteile errang, wurde er ungesäumt wieder geworfen. Vor einer Bataillonsfront liegen 350 russische Leichen.

Auch bei Sapanow führten die zahlreichen Vorstöße des Feindes zu keinem wesentlichen Ergebnis. Zwischen Mynow an der Twa und dem Raum westlich von Dnja, wo sich die Russen fortwährend verstärken, ist nach wie vor ein erbittertes Ringen im Gange.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Ein Gechwader von Seeflugzeugen griff gestern nacht die Bahnanlagen von S. Dona di Piave an den Vivenza und vom Latijana an. Unsere Landstieger besetzten die Bahnhöfe von Verona, Ma und Vicenza ausgiebig mit Bomben. Seit Beginn dieses Monats wurden über 9700 Italiener, darunter 184 Offiziere gefangen genommen, 13 Maschinengewehre und 5 Geschütze erbeutet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Aushe.

Gegen Frankreich und Belgien.

Opfer ihrer eigenen Landsleute.

Wolff meldet: Mit unheimlicher Steifigkeit vermehrt sich die Zahl der „Opfer ihrer eigenen Landsleute“ in dem von uns besetzten französisch-belgischen Gebiete. Im Monat Mai 1916 sind nach den Aufzeichnungen der „Gazette des Ardennes“ durch Artilleriefeuer und Fliegerbomben unserer Gegner unter den friedlichen Landeseinwohnern die folgenden blutigen Verluste verurteilt worden: Tot: 11 Männer, 8 Frauen, 5 Kinder. Verwundet: 26 Männer, 31 Frauen, 3 Kinder. Von den Verwundeten sind nachträglich ihren Verletzungen erlegen: 1 Mann, 1 Frau, 2 Kinder. Die Gesamtzahl der seit dem September 1915 festgestellten Opfer der englischen, belgischen und französischen Beschießung unter den Bewohnern des eigenen oder des verbündeten Landes hat sich hiernach auf 1403 Personen erhöht.

ruhe. Der Knecht aus Wittenberg war noch nicht zurück. „Wenn ihm nun was zugefallen wäre.“

„Dem Ruprecht kößt nichts zu, gnädigste Frau. Er kennt Weg und Steg und hat Witterung, und wie unglückselig auch die Strafen ihn sind, er hat sie gut hingebraucht, und Ihr mögt nun sicher hier verweilen, und er wird auch sicher wiederkehren.“

Die hohe Frau war nämlich erschöpft und unwohl in Hohenziech angekommen. Der Knecht Ruprecht hatte den Kopf geschüttelt und Frau Brigitte ihn verstanden: die Fürstin bedurfte der Ruhe; wenn sie weiter fuhr, wäre sie in ein hitziges Fieber verfallen. Da war jähnell alles abgemacht, und in der Stille; der Knecht hatte Kräuter geholt, und Frau von Bredow lockte sie, und derweil fuhr schon der Leiterwagen mit Eva und dem Junker Volzig und einer Magd aus dem Hause, der man die rote Stinde um den Kopf gewunden, nach der Grenze zu. Wenn die kurzfüßlichen Reiter sie anhielten und auffingen, wer kannte so genau die Kurzfürstin, und daß es Trug war, und wurden sie auch nach Berlin zurückgebracht, darüber vergingen Tage, und Elisabeth genas derweil und ward über Nacht auf einem Fußpfad durch die Wälder über die Grenze geführt. In alles hatte Frau Brigitte gedacht, auch daß der Knecht Ruprecht den Wagen begleitete auf den sichersten Wegen, und wenn er sie auf die Straße nach Wittenberg geführt, sollte er mit der Botenschaft zurückkommen. In alles hatte die gute Frau gedacht, nur keinen Augenblick daran, daß sie ihre eigene Tochter, um einer Fremden willen, einer Gefahr aussetzte.

Wer der unglücklichen Fürstin ins Herz geschaut, an was mochte sie denken, wenn sie plötzlich aufschlugte. Es war zu viel des Schrecklichen. Dachte sie jetzt, wie in der Nacht, da sie ansah, an ihren Gemahl, der auf einem Totenrost mit flammendem Schwerte hinter ihr ritt und ihr liegendes Haar schon gefaßt hielt: „Maurer mich nicht ein, töte mich lebendig!“ hatte sie geschrien, und Frau Brigitte hatte ihr kalte Umhüllungen gemacht. Dachte sie an ihren Aeltesten, der als Sieger heimkehrte, und sie sollte ihn nicht umarmen; — an die Schreckensnacht in Berlin, an die letzten Küsse, die sie auf ihre Kinder gedrückt? Dachte sie an Elisabeth, die Verräterin, an den eiskalten Stich ins Herz, als sie ihre Lippen berührte?

„Und ich habe Euch auch Euer Kind genommen!“ rief sie. „Das ist zu viel, das ist mehr als zu viel, was Ihr mir zum Opfer brachtet. Unser Leben ist Armut. Ihr habt recht, so steht's ja auch in der Schrift, aber daß wir an der eigenen Armut nicht genug haben, daß, wenn das Unglück verfolgt, immer andere mit sich reihen muß! Ach, es ist zumal unsere Bestimmung, die wir hoch geboren sind, daß wir nie für uns allein leiden können; wir sind verdammt, wie der Tropfen, der ins Wasser fällt und immer weitere Ringe um sich reißt, so viele mit uns zu reihen. Jetzt erst vernehme ich's, was Christus uns predigt, es ist nur umgekehrt:

Gegen Rußland.

Ueber die Schlacht am Styr

meldet der amtliche russische Bericht: Gestern, den 4. Juni, nahmen die Kämpfe vom Prjepje bis zur rumänischen Grenze ihren Anfang. Unsere Truppen errangen, unterstützt durch Artillerie, in einigen Abschnitten namhafte Erfolge, sie machten bis jetzt ungefähr 13 000 Gefangene und erbeuteten Geschütze und Maschinengewehre. Wenn der Angriff angeht, ebnet unsere Artillerie allmählich die feindlichen Werke und Eindeckungen ein, darauf geht die Infanterie, je nach den eigenen artilleristischen Erfolgen, vor, und besetzt die feindliche Stellung.

Raphthabrand in Astrachan. — 43 Mohammedaner zum Tode verurteilt.

„Rjessch“ meldet aus Astrachan, die großen Raphthabehälter brennen. Das Feuer dauert bereits zwei Tage. Über 20 Behälter sind zerstört. Die Feuersbrunst nimmt immer noch zu; der Schaden beläuft sich auf Millionen. — In Batum wurde der Prozeß gegen 80 wegen Landesverrats angeklagter Mohammedaner aus Abkhara entschieden. 43 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, 5 zu lebenslänglicher Strafarbeit, die übrigen freigesprochen. Die Verurteilten wollten angeblich einen allgemeinen Aufstand im ganzen Kaukasus organisieren.

Gegen Italien.

Der italienische Heeresbericht

meldet unterm 6. Juni: Im Tale von Daore griffen feindliche Abteilungen am 3. Juni überraschend einen unserer vorgeschobenen Posten bei Malga Stabaletto an. Als Verstärkungen eintrafen, machten wir einen Gegenangriff und schlugen den Gegner in die Flucht. Im Ledro-Tale kräftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie, die uns keinen Schaden zufügte. Im Lagarina-Tal versuchte der Feind gestern nach der gewohnten Beschießung mit schwersten Kalibern einen Scheinangriff gegen den Abschnitt der Front Monte Giovoletto, während er kräftig die Stellung Coniugna angriff. Er wurde unter schwersten Verlusten abgewiesen. Im Pasubio-Abschnitt Kämpfe der beiderseitigen Artillerien und Zusammenstöße kleiner Abteilungen. Längs der Front Pasina-Abschnitt unternahm der Feind nach einer ausgiebigen Artillerievorbereitung eine neue heftige Anstrengung in Richtung auf den Monte Alba und Col Postina. Nach erbittertem Kampfe zog sich die von unserem Feuer niedergemachte feindliche Infanterie in Unordnung zurück. In der Gegend des Monte Cengio zwang ein feindlicher mit überlegenen Kräften ausgeführter Angriff in der Nacht zum 4. Juni unsere Truppen, ihre Stellungen zu räumen und sich in die weiter rückwärts gelegene Linie im Tal von Canaglia zurückzuziehen, die vorher vorbereitet war. Wir halten die Westabhänge des Monte Cengio bis Schiri besetzt, an denen sich in derselben Nacht zum 4. Juni zwei heftige feindliche Angriffe brachen. Auf dem Rest der Front bis zur Brenta Artilleriekämpfe. Am Sponzo brachten unsere Abteilungen von kühnen Unternehmungen Seite an Waffen und Gefangene ein.

Der Seetrieg.

Englischer Panzerkreuzer mit Lord Kitchener untergegangen.

Die britische Admiralität teilt amtlich mit: „Der Oberkommandierende der großen Flotte meldet, er müsse zu seinem großen Bedauern berichten, daß das Kriegsschiff „Hampshire“, das sich mit Lord Kitchener und seinem Stabe an Bord auf dem Wege nach Rußland befand, in der letzten Nacht westlich der Orkney-Inseln durch eine Mine

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Saring).

86. Fortsetzung.

„Das erste mußte Frau Elisabeth zugeben; die Reichen kommen ja nicht ins Himmelreich. Sie pries den Herrn, daß sie jetzt arm sei. Aber zu dem andern schüttelte sie den Kopf. Nämlich Frau Brigitte meinte: „Wenn der liebe Gott uns alle für sein reines Himmelreich gemacht, warum hätte er uns nicht gleich hineingegenommen: was mußte er uns erst setzen auf die schmutzige Erde, wo wir immerfort waschen müssen, daß wir rein werden, und kaum, daß wir's sind, iprucht uns doch wieder was an. Ich weiß wohl, es ist, daß er die weißen und die fleckigen Schafe scheidet, und daß wir lernen und wachsen sollen in Gottesfurcht und Erkenntnis. Aber er ist ein so barmherziger Herr, und da frag ich mich manchmal, warum hat er uns nicht gleich rein und gut geschaffen, wie er doch die Engel schuf. Es hätte ihm ja doch in seiner Allmacht nichts gekostet. Aber nun hat er die Kreaturen unterschiedlich geschaffen, vom Regenwurm, der auf seinem Sauche kriecht, bis zu den lieben Engeln, die mit Flügeln fliegen, und jedes in seiner Art. Und ob der Regenwurm auch ins Himmelreich kommen wird, oder ob wir da oben mit Flügeln im Blauen wandern werden, das steht in keinem Buch, noch weiß es ein Priester. Aber wozu er uns hier gemacht hat, das wissen wir, zum Arbeiten, und die Arbeit ist Armut. Wenn wir aber immer nur ans Himmelreich denken sollten, wie die alten Mönche, da bliebe doch manches ungeschehen, was geschehen muß. Wie könnten wir die Straßen durch den Wald hauen und die Brücken über den Fluß bauen? Ins Himmelreich können wir auch ohne Brücken und Straßen, das ist schon ausgemacht, und vielleicht schneller; denn beim Hauen und Bauen geht's nicht ab sonder Gezänk und Gejöh und Aerger, und mancher kommt dabei sogar vom guten Wege ab. Aber sollen wir's drum lassen, und leben wie der Einsiedler, der nur an Gott denkt und die Hasen fressen ihm seine Kohlschüssel und die Hirse nagen seine Obstbäume? Darum meine ich, 's ist des Menschen Art, daß er immer arbeiten muß, um's besser zu machen, und immer in Armut, und leider immer im Krieg sein, und da Gott ihn so auf die Welt gesetzt, muß es sein Wille sein, und darum mein ich auch, die Welt ist nicht so schlecht, als die Priester, auch die guten, sie machen wollen, denn sie ist von Gott, wie sie ist, und was der Teufel dran verkehrt hat, das muß nicht so arg sein, sonst hätte es Gott nicht zugelassen, oder er hätte uns längst fortgemworfen durch eine Sintflut.“

Der Kurfürstin kam das etwas lehrerisch vor; sie nahm sich vor, den Doktor Luther daraus zu befragen. — Aber sie war selbst in Un-

nicht der Segen und das Glück trauft aus den Palästen in die Hütten, es ist die Sorge und die Not, die in den Schlössern der Herren nicht bleibt, sie flieht aus und verdirbt die Saaten des Untertanen, und die Tränen des Fürsten verbittern den Trank, den der Arme trinkt!“

Wenn Frau von Bredow dies auch nicht ganz abstreiten konnte, gab sie es doch auch nicht ganz zu. In seinem Haus, meinte sie, sei ein jeder ein Fürst, und wer sich nur gut drin verhalten und eingerichtet habe, der trüge wohl mit aus Schuldigkeit am Unglück seines Landes und Fürsten, aber ganz niederwerfen dürfe es ihn nicht. Mühe doch jeder für sich selbst stehen. Was gab sich die gute Frau für Mühe, die Kurfürstin von ihren trüben Gedanken abzudringen; so viel und mancherlei sprach sie, daß Frau Elisabeth trotz ihrer Betrübtheit die Absicht merkte, ihr Gesicht gewann einen heitern Ausdruck, wie nur vornehme Frauen können, die, weil es sein muß, den Schmerz plötzlich verschließen und einen Kiesel davortun; dann lächeln sie und sprechen lebenswürdig, daß uns das Herz angeht, von Dingen, von denen ihr Herz fern ist.

„Wie war doch die Geschichte, liebe Bredow, ich meine die aus alter Zeit, da Euch der Markgraf hier überraschte und neigte; und als er morgens aufwachte, ward er überrascht, was es nicht ist, er fand den Saal leer wie durch Zauberei. Ich muß recht um Eure Nachsicht bitten; als Ihr's gestern anfangt zu erzählen, überfiel mich der häßliche Husten.“

Die alte Frau ward ganz rot, aber schnell begann sie sich: „Ihr wollt mein spotten, gnädigste Frau, und Ihr habt recht. Es hat jeder so ein Stedenpferd und alte Frauen, wie ich, ihre Geschichten, die sie gern ausplaudern. Lieber Gott, 's ist wohl nichts sehr Schlimmes, wenn man im Alter an das zurückdenkt, was man in jüngeren Jahren tat, und es war ja nicht zum Schlimmen. Mancher darf nicht so zurückdenken. Ich weiß aber auch, was der Respekt fordert, und werde meine Fürstin nicht mit so albernen Dingen belästigen, die unter unseiner gut genug sind. Selbst ich aber noch ein hundert Jahre leben, dann will ich in besserer Zeit jedem Gaste erzählen, den ich in dies Zimmer führe, wer hier gewohnt hat, als mal in der Mark Brandenburg recht schlimme Zeiten waren. Das wird mir meine gnädigste Frau doch nicht verbieten.“

„Die besseren Zeiten, wann werden sie kommen!“ lenzte die Fürstin und war ans Fenster getreten. Da vermochte sie's nicht länger, die Tränen stürzten ihr aus den Augen.

„Gibt muß man bisweilen mit Gift heilen“, dachte Frau Brigitte. Durch sanfte Trostmorte war die Aufregung der Kurfürstin nicht zu beschwichtigen. Wenn sie die Aufregung der Kurfürstin bewahren sah, vergaß sie vielleicht auf ein Augenblick die Augen.

(Fortsetzung folgt.)

